



# Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis nach Berlin beträgt 1,40 Reichsmark, nach Braunschweig einschließlich Porto 1,60 Reichsmark. Auch die Dtsch. 1,85 Reichsmark u. 40 Cent Pfennige. Die Einzelhefte kosten 10 Pfennige. Die Anzeigen werden nach Rubrik-Zellen berechnet, die Zeile 0,21 Reichsmark für 10 Zeilen, die im gleichen Blatt in der „Halle'schen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Druckerei: Druckerei-Union in Halle, Markt 11. Druck-Verlag: „Gesellschaft für Druck- und Verlagsarbeiten“ in Halle. Druck-Verlag: „Gesellschaft für Druck- und Verlagsarbeiten“ in Halle. Druck-Verlag: „Gesellschaft für Druck- und Verlagsarbeiten“ in Halle.

## Die Franzosen wollen uns das Rheinland rauben!

### Neues in Kürze.

**Drachmündungen und Radiotelesgramme.**  
Das Befinden des Reichspräsidenten hat sich im Laufe des Donnerstags wesentlich gebessert. Der Zustand ist aber inwieweit noch als ernst zu bezeichnen. Spät abends stellten die Ärzte ein Abwachen in der am Nachmittag beobachteten Besserung fest. Der Reichspräsident verdrachte eine ruhige Nacht.

**Der „Röhrliche Beobachter“**, der wieder erschienen ist, veröffentlicht einen Aufsatz Hütlers, der als Herausgeber zeichnet, an die ehemaligen Angehörigen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, in dem es bezüglich der Persönlichkeit Kubendorffs heißt, daß die nationalsozialistische Bewegung sich immer als treuesten und uneigennützigsten Freund erweisen werde.

Am 1. März tritt der Verwaltungsrat der Reichsleistungsgesellschaft zusammen, um über Lohn- und Tariffragen zu verhandeln.

Im Metallarbeiter-Ausland in Sielefeld haben auch alle kleineren Betriebe die Arbeiter ausgespielt. In dem nun gehen rund 20.000 Metallarbeiter sich im Auslande befinden. Die Transportarbeiter haben sich mit den Metallarbeitern solidarisch erklärt.

Die preußischen Landtagsabgeordneten von Baden und Vöhringen wurden, wie erinnerlich, von der Fraktion der Zentrumspartei ausgeschlossen, da sie der Zustimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Marx ferngeblieben waren. Durch zahlreiche Vertrauensumgebungen, die dieser Tage von vielen Bauernvereinigungen des Rheinlandes und Westfalens, dem Landbund Westfalens und dem landwirtschaftlichen Beirat des westfälischen Zentrums ausgingen, wird die Haltung der beiden Abgeordneten glänzend gesichert. In allen Entschuldigungen wird die Wohnfrage der Landtagsabgeordneten der Zentrumspartei abgelehnt, und beide Abgeordnete wurden zur Weishaltung ihrer Mandate aufgefordert.

Das Völkerbundsekretariat in Genf teilt mit, daß es eine Note der Reichsregierung erhalten hat, in der die gegen die Fortdauer der französischen Truppenbesetzung im Saargebiet protestiert. Diese Note werde dem Völkerbundsrat bei seiner Wirtstagung geprüft werden.

Die in Spanien anliegenden deutschen Firmen haben an den Reichspräsidenten ein Telegramm geschickt, in dem sie an den Deutschen Reichstag die dringende Bitte richten, bei den bevorstehenden Verhandlungen über das schwebende deutsch-spanische Handelsabkommen eingeknickt zu sein, daß von der Annahme eines solchen Abkommens und Wechsels auf die in Spanien lebenden Deutschen abhängt. — In Spanien mögen etwa 10.000 Deutsche leben.

Die französische Regierung hat beschlossen, eine Million nach Guyana zu schicken, um dort aus Goldgruben zu lassen. Man nimmt an, daß es möglich sein werde, jährlich für etwa zwölf Millionen Francs Gold zu fördern.

Aus Paris wird gemeldet: Zum Vorgehen des am 10. Jan. 1925 geschaffenen Verwaltungsrates der Petroleumindustrie ist der ehemalige französische Minister und jetzige Abgeordnete Doumer ernannt worden.

Bei der Beratung des Aufsichtsrates im englischen Unterhause erklärte der Minister Hoare, man hoffe, in den nächsten vier oder fünf Jahren ein bezugsfähiges Aufstrebungsprogramm anzulegen, daß jeder Vorkaufgenosse auf England für den Anleger ein großes Risiko bedeuten würde.

„Morning Post“ erklärt, daß Lord Allenby ein Gespräch um Einholung von seiner Stellung als Oberkommandant für Ägypten, die er seit 1919 innehat, eingereicht habe. Eine amtliche Mitteilung sei bisher nicht zu erlangen gewesen.

Bei einer Parlamentsdebatte in Kapstadt forderte der ehemalige Ministerpräsident Smuts, den Kassenrat der Afrikaner in der Gesetzgebung zu beteiligen, indem man sie den Bewohnern von Südafrika gleichstelle. Er wies das Parlament darauf hin, Südafrika werde sich den Hof von ganz Afrika zu teilen. Die Engländer werden wenig entzückt sein, wenn die Afrikaner sich in Südafrika mit den Buren zusammenschließen.

Der Kreuzer Duran, das amerikanische Flaggschiff in den atlantischen Gewässern, ist bei der Insel Salaman auf Grund gelaufen. — Wenn die amerikanischen Kriegsschiffe ihren Frieden in Ostasien auf Grund setzen, wie man es ihnen erst in einem Kriege mit Japan geben.

## Die „Neutralisierung“ des Rheinlandes.

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, der Gedanke eines englisch-französisch-belgischen Pakt ohne Deutschlands Beteiligung finde entschiedener weniger Anhänger in ministeriellen Kreisen als der Gedanke eines gegenseitigen regionalen Abkommens zwischen vielen Mächten und Deutschland. Letzterer Pakt würde, wie seine Verfechter logen, mehr dem Geist des Völkerbundes entsprechen und würde die Spaltung Europas in zwei rivalisierende Lager verhindern und zugleich bewirken, daß Deutschland nicht in die Arme Sowjetrusslands oder irgendeiner ähnlichen Kombination getrieben werde.

In französischen Kreisen werde Doumours Gedanke einer autonomen neutralisierten westlichen Rheinlandschaft innerhalb des Reiches bei gleichzeitiger Vorkommung von Preußen und unter Aufsicht des Völkerbundes weiterhin nicht erachtet als eine Art von Puffer zwischen Frankreich und Deutschland. Darauf sei vielmehr der Vorschlag zurückzuführen, daß die Völkerbundskommission, die in Zukunft die deutschen Wählungen inspizieren soll, in eine Art abgeänderter Rheinlandschaftskommission umgewandelt werde, welche die Wählung über die jetzt besetzten Gebiete nach ihrer Räumung übernehmen solle.

Der Gedanke der Schaffung eines Pufferstaates hat für die Freunde des Friedens etwas Befriedigendes. Ein Pufferstaat und dann der Völkerbund dazu, der jeder militärischen Angriff durch gemeinsames Vorgehen aller Völkerbundsmächte verhindert; das war allerdings der ewige Frieden zwischen Frankreich und Deutschland.

Aber zunächst der Völkerbund: er wird, das weiß man längst, ebenfalls gegen die schwachen Staaten, wie Deutschland, tätig werden. In Frankreich wird er sich nie herauswagen. Außerdem liegt der Völkerbund — auch das weiß man längst — immer auf der Seite der stärksten Nationen.

Der Plan Doumours läuft also praktisch auf das hinaus, was die Franzosen mit ihrem Gedanken eines „Rheinischen Separatismus“ im Rheinland bezweckten: sie wollen das Rheinland von Deutschland losreißen. Das der neue Staat dem Namen nach weiter zum Reich gehören soll, ist gleichgültig; der Völkerbundsrat, d. h. Frankreich, soll in ihm herrschen.

Wie einseitig zugunsten Frankreichs der Plan ist, ergibt sich daraus, daß keineswegs daran gedacht ist, die eigentliche Streitigkeit zwischen Deutschland und Frankreich, nämlich die Elsaß-Lotharingen, ebenfalls zu neutralisieren und etwa Luxemburg und Belgien mit anzuschließen. Der ganze Plan soll vielmehr ausschließlich auf Kosten des deutschen Gebietes gehen, das uns nach Wegnahme des Elsaß-Lotharingen verbleiben ist.

Für jeden rationalen denkenden Deutschen muß dieser Gedanke, das „friedliebende Frankreich“ jetzt erneut aufgreift, völlig unannehmbar sein. Wir geben den Rhein, die Wiege der deutschen Kultur, das Land der alten Hibelungen und Walthers von Aquitanien, nicht her. Trotzdem muß das fest sein, wenn so lange bei uns in Preußen und — wenn es nach ihnen geht — morgen vielleicht schon im Reich, die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß hat, und so lange sie nicht klipp und klar national geworden ist, wie die Sozialdemokratie der anderen Länder, so lange besteht die Gefahr, daß am des Friedensstrahmens willen die Rheinbevölkerung der Herrschaft der Franzosen geopfert wird.

## Chamberlain gegen die Saarländer.

Im englischen Unterhause fragte Sinclair, ob der britische Vertreter im Völkerbundsrat Weisung erhalten werde, dafür einzutreten, daß der Vorkaufgenosse der Regierungskommission des Saargebietes, der bei der nächsten Tagung des Rates ernannt werden sollte, der Sprache der Einwohner des Saargebietes, d. h. der deutschen Sprache, mächtig sein solle, und ob die britische Regierung sich für bereit erklärt habe, eine Veränderung der staatlichen Zugehörigkeit des Präsidenten anzugehen. Der Außenminister Chamberlain wies der Frage aus.

Sinclair fragte sodann, ob Chamberlain nicht anerkenne, daß die Unparteilichkeit der Saarregierung darunter leiden würde, wenn ein Mitglied der Nationalität des Präsidenten nicht eintritt. Chamberlain sagte: Nein. Er fügte hinzu, man müsse ihn nicht so verstehen, als ob er die Ansichten des Fragestellers teile.

## Franzosen und Engländer auf dem toten Punkt.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Herald“ will wissen, daß die Beziehungen zwischen der britischen und der französischen Regierung über die Fragen der Abrüstung Deutschlands und der Räumung Kölns auf einen toten Punkt geraten seien. Die Franzosen behaupten darauf, daß die Kölner Frage nicht von der allgemeinen Frage der Sicherheit Frankreichs getrennt werden könne. Die französische Regierung erkläre, mangels eines französisch-belgisch-britischen Garantiepaktes angeht die „gefährlichen Lage der deutschen Räumung“ wogten die Franzosen nicht, einer Räumung Kölns zuzustimmen. Ein sehr positiver Bericht jedoch für die Unterbreitung des französischen Standpunktes herangezogen worden.

Einige der aus der militärischen Lage Deutschlands von hoch gezeugenen Schläge würden vom britischen Vertreter in Paris, General Clive, energisch bekämpft werden.

Als Ausweg aus dieser Sackgasse hätten die Franzosen den Vorschlag für die Abhaltung einer internationalen Konferenz in Brüssel begrüßt; denn auf solchem Boden und mit beiderseitiger Hilfe hätten sie sich der Räumung hartnäckig widersetzen zu können.

## Stimmen der Vernunft.

Englische Zeitungen gegen die Versailles-Politik.

Unter der fettdruckten Überschrift „Durchgreifende Forderungen an Deutschland“ veröffentlichen die „Daily News“ einen Artikel, in dem es heißt, es wäre eine Freile in den Beziehungen zu Frankreich auf sich nehmen würde. Marshall Hoare und die übrigen Mitglieder des Versailles-Komitees seien dabei, auf den Bericht getauerte Forderungen an Deutschland zu formulieren. Europa stehe dann vor einer neuen Krise, und der gute Wille Deutschlands für einen Sicherheitspakt sei dann vielleicht unüberwindlich verloren. Eine maßgebende Persönlichkeit habe erklärt, der Bericht enthalte sehr viel, was ernsthaft verdammend sei, aber auch viel leere Reden. Leider seien es die Redereien, die die Schwierigkeiten zu bereiten drohten.

„Melmorin Gazette“ schreibt in einem Leitartikel, die Regierung der britischen Regierung, Köln zu räumen, habe den Glauben Deutschlands an die Macht Englands, zum Verträge zu stehen, erschüttert. Das einzige Mittel, durch das sich das foreign Office von diesem Verdict befreien könne, sei eine Einladung an die Deutschen zu einer Konferenz über den Bericht der Kontrollkommission, auf der die Verletzungen offen erörtert würden.

## Wegdorn Benn fragte alsdann, ob Chamberlain darüber Auskunft geben wolle, welche Bedingungen er dem britischen Vertreter in der Angelegenheit der Räumung des Saargebietes der Regierungskommission zu erteilen, habe absichtlich. Hierauf erfolgte keine Antwort.

— Die Franzosen können mit diesem englischen Außenminister wirklich zufrieden sein: er hat eine lächerliche Angst vor ihnen und tut alles, was sie nur wünschen. Schade, daß man das nicht fühlen kann: wie Herriot, der launige Feind, den britischen Löwen dreht und Marcelline tanzen läßt. Der Löwenbändiger Schneider, der uns kürzlich mit seinen Löwen auf der Redaktion besuchte, würde sich aufreizen lassen vor Reid über diesen Erfolg der Konkurrenz!

## London, 27. Februar. Churchill gab bekannt, daß Großbritannien von Frankreich 638, von Italien 576, von Jugoslawien 29, von Rumänien 26, von Portugal 22, von Griechenland 21, von Belgien 730 Millionen Pfund Sterling zu fordern habe.

## Wie Herriot heucheln kann!

Bei einem Frühstück, das die Vereinigung der englisch-amerikanischen Presse in Paris gegeben hat, hielt Ministerpräsident Herriot eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Er sei in London gewesen und habe seine Unterdrückung unter ein Schriftstück gelebt, das wesentlich dazu beigetragen habe, die Friedenssache zu verhängeln. In Genf habe man alsdann ein Protokoll ausgearbeitet, das, wie er hoffe, eines Tages der gefamten Welt die Ruhe bringen werde, die sie seit langem ersehne. Wenn er sich für die Befriedigung einsehe, dann habe er auch die Verpflichtung, seinem Lande die Wiederherstellung der friedlichen Ereignisse, die man im Jahre 1914 erlebt habe, zu erlauben.“

Solange er an der Spitze der Regierung stehe, werde man ihn bereit finden, der Frage der Sicherheit und des Friedens zu dienen. Als man in London lange mit Deutschland verhandelt, habe das Frankreich kein gelegt? Im Gegenteil, es habe sich an der 800 Millionen-Anleihe beteiligt, die zur Wiederherstellung Deutschlands beigetragen habe. Die Finanzen Deutschlands hätten durch die Mitarbeit der Miliierten eine sofortige Besserung erfahren. Das beweise er nicht, denn die Sanierung könne Frankreich nur die Ablösung und das Vertrauen der anderen Völker eintragen.

Frankreich habe die Aufgabe, die Mißverständnisse unter den Nationen zu verbannen. Der Krieg sei beendet, aber die Auswirkungen des Krieges seien es noch nicht. Um sie zu beseitigen, müsse die große Freundschaft, die die englisch-französische Demokratie und die französische Demokratie verbünde, aufrechterhalten werden.

„Die große Freundschaft“ Frankreichs zu England — Herriot sollte dieses „Mißverständnis unter den Nationen“ verbannen? — wundert: sie beneidet sich durch die französischen U-Boote und Flugzeugbauten, durch Panzerkreuzer und Ausbau des England gegenüberliegenden Kriegsschiffens von Cherbourg. Wie sehr Herriot immer nur an Frieden denkt, ergibt sich auch aus folgender Meldung:

## Neuorganisation des französischen Heeres.

Paris, 26. Februar. France militaire berichtet, daß Marshal Pétain, der sich gegenwärtig in Westafrika aufhält, wegen der bevorstehenden Erörterung über die Neuorganisation des Heeres telegraphisch zurückberufen worden ist. Was mag wohl der wichtige Marshal Pétain in Westafrika, dem Stammland der französischen Heertruppen, machen? Tiefsitzigen fangen? Ganz sicher nicht. Sondern Refruten ausbilden und zwar für den Krieg, nicht für den Frieden. Und, sehr verehrter Friedenslänger Herriot: Was ist denn das für eine merkwürdige Friedensidee: Neuorganisation des französischen Heeres? Die geschieht wohl auch zum Frieden Europas? Warum quälen Sie sich denn nur so: Lassen Sie Pétain bei den Senegalesen, bis er vor Schluß Frankreichs „Präsident des Gewichts“ verlegt und schicken Sie selbst, Herr Herriot, die französischen Soldaten nach Haus zu Frau, Frau und Kind: dann dienen Sie wirklich dem Frieden und bekommen sogar den Nobelpreis.

Aber vorläufig sehen Sie gar nicht so friedlich aus, sondern gleichen mit Ihren süßen Friedensreden aus Saar dem Wolf im Märchen, der das Rotkäppchen und die Großmutter fraß. Lassen Sie lieber das Schöndreden und das Pressen sein, sonst erwischt Sie eines Tages noch der Jäger.

## Vor einem Wirtschaftsabschluss mit Frankreich?

Zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen erfahren wir, daß der französische Handelsminister Pannalou neue Vorschläge gemacht hat und ein Mitglied der Delegation nach Berlin gereist ist, um diese Vorschläge näher zu erläutern. Diese Vorschläge liegen in der bereits früher angeordneten Richtung, daß die Franzosen geneigt sind, die Weltbegünstigung defacto auch über die Zeit des Protektorats hinaus für den definitiven Zustand zu gemähren, sobald eine formalisierung gefunden sein wird, die die in der französischen Gesetzgebung liegenden Schwierigkeiten überwinden kann.

Paris, 27. Februar. Bei der gestrigen Zusammenkunft mit Handelsminister Fayat gab über-



reichte Staatssekretär Dr. Trendelenburg eine Note, in der das Ergebnis der Verhandlungen der letzten Woche angedeutet werden sollte. Trendelenburg erklärte, die deutsche Regierung werde für den Fall, daß die französische Regierung zustimmen würde, ihr Einverständnis zu den Vorläufigen abgeben.

## Deutschland-Rumänien.

### Beziehungsweite bei Stamboul.

Bukarest, 27. Februar. In der gestrigen Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten äußerte sich Abgeordneter Duca über den Konflikt mit Deutschland und betonte, Rumänien habe nicht unbedingt daran teil, gegen Deutschland wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, solange die Beziehungen mit der deutschen Regierung in Verhandlungen zu treten. Deutschland müsse aber einen Weg zeigen, der zur Erfüllung der Ansprüche Rumäniens führe.

Repräsentanten gegenüber äußerte Duca, die rumänische Regierung sei bereit, ihre Ansprüche gegen Deutschland zu klären, jedoch nicht, von der Haltung Deutschlands werde es abhängen, ob Rumänien zu Zwangsmaßnahmen gezwungen würde.

Zu diesen Erklärungen wird vom maßgebenden Stelle in Berlin mitgeteilt, daß der darin zum Ausdruck gebrachte Wunsch, die Beziehungen zu einem günstigeren Stande zu bringen, nicht die Erklärung wirklich die in Bukarest und den maßgebenden Stellen herrschende Auffassung bildet, so würde damit die Hoffnung gerechtfertigt werden, daß eine Beseitigung des Konflikts im Bereich der Wirtschaftlichkeit liegt. Die Frage der Banca Generala-Romania könne nur innerhalb des Damoclesplan gelöst werden. In jeder solchen Regelung ist die deutsche Regierung bereit. In dem Bestreben, einen Ausweg zu einer günstigen Regelung zu finden, hat die deutsche Regierung die Angelegenheit der Reparationskommission übergeben.

## Die Kurden im Aufstand gegen die Türken

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Führer der kurdischen Aufständischen, Scheich Said, der sich jetzt in offenem Aufruhr gegen die Angehörigen befindet, ist nach der Hauptstadt der Reichshälfte, dem wichtigsten Brüdertum mit Zweigen in Persien, China und Sibirien. Der Scheich genießt auch großen Einfluß in gewissen Teilen Arabiens.

Es wird mitgeteilt, daß eine Anzahl von türkischen Offizieren, die während der Mesopotamischen Unruhen nach Mosul geflohen sind, die Bewegung organisieren. Unter ihnen befindet sich ein gewisser Kewez Bey, ein Staatsbeamter von großer Erfahrung, der auf der Seite der 150 rekrutierten Personen steht, die nach den Bestimmungen des Vertrages von Lausanne nicht nach der Türkei zurückkehren dürfen.

Den Vätern zufolge war geplant, den Aufstand im Monat März zu beginnen, er brach jedoch vorzeitig aus.

Die offizielle türkische Telegraphenagentur meldet dazu: Ein gewisser Scheich Said hat durch Mißbrauch des Vertrauens des umliegenden Volkes und unter dem Vorwand religiöser Gründe einen Aufstand in Arabien entfacht. Die türkische Regierung hat zur Wiederherstellung der Ordnung scharfe Maßnahmen ergriffen und den Befehl erlassen, den Aufstand zu unterdrücken.

Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß auch an dieser neuen Unruhe in dem seit dem Kriege so viel gequälten Orient das Petroleum schuld ist oder deutscher: eng-

## Das blaue Zimmer.

Roman von Jofz Zander.

3. Fortsetzung. Handbuch verboten. Der alte Georg Buchholz hatte seinem einzigen Kinde jeden Wunsch erfüllt. Räumlichkeiten hatten das erste Stübchen für Sigrid eingerichtet, und der Wintergarten war besonders angebaut worden. Und doch vermochte das lockere, schöne Heim Sigrid nicht von ihrem Bestenmühen, Mädchen zu hundert, zurückzubringen. Sie wollte nur selten in diesen Räumen, nur für die kurzen Wochen der Ferien, dann ließ sie wieder in Breslau in ihrem Pensionatszimmer und lernte und arbeitete. Bestellen lag dann alle Braut und Herrlichkeit, und dunkel das alte Haus der engen Straße im ältesten Stadtteil von Eimendüne, in dem schon der Urgroßvater Georg Buchholz einen ausgebeugten Handel mit Altertümern, alten Kleinern, allem Souvenir getrieben hatte. Ein Vierteljahrhundert war jetzt hingegangen, und immer war das Gesicht vom Vater dem einzigen Sohn übergeben worden. Nie hatte Unruhe gebrüht in diesem Hause. Immer hatte sich der Sohn dem Wunsch und Willen des Vaters gefügt und das Mädchen zur Ehe gewählt, das Vater und Mutter ihm zugeführt hatten. Georg Buchholz war der Sohn verlagert geblieben: er hatte nur eine Tochter zur Erinnerung an die Frau, glückliche Ehe mit der schönen, sanften Ellen bed.

Von dieser früh verstorbenen Mutter hatte Sigrid die bunten, mannelförmigen Augen geerbt, die den kleinen, schlanken Jungen, während sie zum dem Vater aß, zum aus. Sie hatte dessen schwarze, glatte, glatte Haare, den kleinen, schwarzen Mund, den sie leiten ein frühes Leben offenete. Sigrid war erst 21 Jahre alt, aber sie sah durch den früheren Tod ihres Vaters nicht selten lange Zeit, nach dem Schicksal, den der Vater ihr in lockeren Steinen immer

## Angeklagtenvernehmung im Tschekaprozeß.

Zur Donnerstag-Verhandlung des Tschekaprozeßes ließ außer den Offizialverteidigern auch die Wahlverteidiger wieder anrufen, nur Dr. Samter fehlte. Rechtsanwält Dr. Rosenfeld bittet, eine kurze Erklärung abgeben zu dürfen. Dies wird nach Gerichtsbedürfnis abgelehnt. Inzwischen erscheint auch Dr. Samter, ohne am Bestreben des Saales teilzunehmen. Auf einen Antrag des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld verlassen darauf die Offizialverteidiger den Saal. Ein weiterer Antrag des Angeklagten Wörner, jetzt seine Vernehmung vorzunehmen, da er auszulassen bereit sei, wird abgelehnt; der Vorsitzende erklärt, die Vernehmung zu einem späteren ihm geeigneten Zeitpunkt vornehmen zu wollen. Hierauf wird der Angeklagte Kus vernommen. Er wurde als erstes Mitglied der Gruppe Hans verpflichtet, bekundet, aber dies ist nicht unter Verletzung der bekannten Formel geschehen. Er sollte dem General von Seest beobachtet, was er beobachtet habe aber Neumann nicht gesprochen. Er habe angenommen, daß der General von Seest kompromittiert und gesellschaftlich lächerlich gemacht werden sollte. Weiter habe er über den Fall Seest nicht erfahren, da er von Ende November bis Ende Januar krank gewesen sei. Daß die Gruppe im Besitz von Sprengstoffen und Waffen gewesen sei, habe er nicht gewußt. Das Paket mit dem Koffer habe Neumann in seine Wohnung gebracht, ohne etwas über den Inhalt zu sagen. Weiter sagt Neus, er habe angenommen, daß Helmut der Gelbeher sei, von der russischen Volkspartei habe er aber nichts gewußt. Er selbst habe für Neumann vor der Fahrt nach Frankreich durch einen Bekannten in der russischen Volkspartei, namens Wundersee, Dollars umgeschickt.

In seiner weiteren Aussage bekundet Neus, daß er und Egon von Neumann lediglich den Auftrag erhalten hätten, den als Späher verdächtigen Wegel zu beobachten, nicht aber zu „erleiben“. Als er im Herbst in der Zeitung von der Verhaftung der Gruppe gelesen habe, habe er sich bemüht, von der kommunistischen Volkspartei und Landtagsfraktion Hilfe zu erhalten. Die Abgeordneten hätten aber von der ganzen Tätigkeit Neumanns nichts gewußt. Am 14. April seien zwei Berliner und ein Stuttgarter Kriminalbeamter bei ihm erschienen, um das Paket, das ihm Neumann zur Aufbewahrung übergeben habe, abzuholen. Sie hätten einen entsprechenden Zettel Neumanns vorgelesen. Darauf sei er (Neus) vernommen worden. Auf dem Zettel sei ein Vermerk im Verlaufe der Verhandlung, daß er ein falscher Paß für Neus gewesen sei, sämtliche Schriftstücke aus dem Paket zu verlieren. Der

littiges Geld, das die unruhigen Elemente gegen die Türken heft, um die Petroleum-lager Mesopotamiens (das Irak) in die Hand zu bekommen. Der Engländer nennt das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, weil er selbst bestimmt, was diese Völker tun sollen; die Weggeber mußten die Baumwollgebiete des Sudans, die Türken müßten das Petroleum herausgeben.

London, 27. Febr. „Daily Mail“ berichtet aus Konstantinopel, ein Manifest der aufständischen Kurden habe Selim, einen Sohn des Sultans Abdul Hamid, zum König ausgerufen. Zugleich bewarfen das Hauptquartier des Scheichs Said mit Bomben.

von neuem schenkte und dessen Glanz nicht passen wollte zu dem schmalen, gelblichen Gesicht, das so ganz des maddenhaften Väterchens ebehrte. Vor ihm stülzte er sich hin und wieder eine Perle unter die schlanken Wangen, eine Perle, die er ihm von seinen Brillanten oder einer Goldkammer in ihrem leicht geordneten bunten Kaft. Sigrid Buchholz war eine vornehme Natur, voll Begeisterung für alles Schöne, für Kunst, Literatur und Musik, Gaben, die zu pfeigen ihr Reizdium für gestellte.

Bestehers Lebensschicksal hatte sie Mühe, und sie hatte eine ihr notwendige Partnerin in ihrem Vater Herbert Buchholz, der im Gesicht ihres Vaters läug und loslugen dessen reiche Hand war. Sigrid wußte, daß es der Wunsch ihres Vaters war, daß Herbert Buchholz sein Schicksal gelohnt werden möchte.

Über Sigrid war viel zu sehr verblüht, viel zu sehr ein Kind ihrer Zeit, ein zu selbständige, als daß sie in der wichtigsten Frage ihres Lebens einen anderen als ihren eigenen Willen anerkannt hätte. Sie wollte ergründen werden. Es dünkte ihr das Schöne und Rühliche, in die Geheimnisse der Natur einzudringen, das Leben der Pflanzen und Tiere zu ergründen, trotz der Willenshaft den Kampf gegen Krankheit und Tod aufzunehmen.

Und ihren Bitten konnte der Vater nicht lauge widerstehen. Er gab, wenn auch schweren Herzens, eine Einwilligung. — Herbert Buchholz arbeitete unermüdet im Geschäft seines Dins.

Es war ein stiller Mensch mit einem kalten, verdaulichen Gesicht, mit Ruheheit und Schärfe sinn ausgestattet. Aus einer armen, finstereichen Familie stammend, war er mit seiner Tätigkeit und dem fröhlichen Gehalt des Anstells vollwertig zutrieben. Daß er alle Erbarmnisse aufgab und hin und wieder sein Glück in volkreichen Verfügte, abzuwarten.

Nach weniger sich glühendes Interesse für alles, was Geldwert hieß. Herbert Buchholz

Vorsitzende lehnt dies ab. Den den Kriminalbeamten mitgegebenen Zettel erklärt Angeklagter Kus an man für echi. Eine Erklärung, was ihn zu diesem Zettel veranlaßt hat, will er auf Anraten seines Verteidigers erst bei Vernehmung der Beamten abgeben. Hier tritt eine Mittagspause ein.

Die Wahlverteidigung wird der Angeklagte Kus vernommen, der in der Partei zu Kurierdiensten verwendet wurde. Er wurde am 24. März 1924 mit Stobieski zusammen verhaftet. Er gibt an, Stobieski erst drei Tage vorher unter dem Namen Alex durch Vermittlung eines gewissen Alfred kennen gelernt zu haben. Alex habe ihm den Auftrag gegeben wollen, Papiere zu beschaffen. Die Verhaftung sei schon vor Beendigung des Gesprächs erfolgt, so daß er Näheres nicht angeben könne. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er nach Neumanns Aussagen die beiden bereits im September dem Helmut als Verbindungsmann zur Verfügung gestellt worden sei. Hute stellt dies in Abrede, während Neumann bei dieser Aussage verbleibt. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten seine eigenen Geständnisse vor dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Dr. Voigt vor. Hute erklärt, zu diesen Aussagen durch den Untersuchungsrichter und durch Neumann veranlaßt worden zu sein. Neumann hätte gesagt:

„Die Partei verläßt uns jetzt. Ich habe keine Veranlassung mehr, sie zu hängen. Wenn Du Schwindeln willst, werde ich noch ganz andere Dinge auspacken und zwar speziell von Dir.“ Neumann erklärte, sich eines solchen Vorfalls nicht erinnern zu können. Tatsache ist aber, daß Hute als Verbindungsmann Helmut höchstens einmal von diesen Klaren, Pläne und sonstiges militärisches Material abholen mußte, das an die militärischen Oberleiter in den Oberbezirken hinausgeschickt wurde. Da der Angeklagte Poegel der Verhandlung nicht mehr folgen kann, wird diese hierauf auf Freitag vertagt.

## Ein monatelanger Prozeß gegen 174 Angeklagte.

Vor der großen Strafkammer des Landgerichts Altona begann Donnerstag vorm. der Prozeß gegen 174 Angeklagte wegen Teilnahme an dem im Zusammenhang mit dem Hamburger Kommunismusputz vom Oktober 1923 stehenden Schiffbauern Unruhen, bei denen die Schiffsarbeiter zwei Tote und fünf Verwundete hatten. Während wurde ein Polizeikommissar von den Auftrütern hinterläßt überleben, ein fünf weitere Personen dürften ihr Leben zu sein. Der gesamte Prozeß dürfte mehrere Monate dauern.

## Die englischen Industriellen verlangen Rückzahlung der alliierten Schulden.

Der Verband britischer Industrieller, der die Frage der interalliierten Schulden erörtert hat, hat den Vätern zufolge beschlossen, eine Denkschrift an den Schatzkanzler zu richten, in der darauf hingewiesen wird, daß dem britischen Steuerzahler und der britischen Industrie infolge der Nichterfüllung der Verpflichtungen seitens der übrigen Alliierten eine besondere Steuerlast von 2 Schilling, 7½ Pence (2,75 Mk.) auf ein Pfund (20 Mk.) aufgebürdet wird.

— Tatsache ist, daß die englischen Steuerlasten nicht unbedeutend sind und bei Fortdauer der englischen Schuldrückzahlungen und gleichzeitiger Rückgang der englischen Volkseinkünfte immer drückender werden müssen. Daß die Engländer jetzt von den Franzosen und Italienern ebenfalls Rückzahlung verlangen, ist also begründet und doppelt gerechtfertigt, wenn wie jetzt Frankreich die englische Rückzahlungsmittel benutzt, um gegen England zu kämpfen.

## England rüstet zum Klassenkampf

Londone Blättermeldungen zufolge wurde der erste Schritt in der Bildung einer großen mächtigen Generalunion, die 25 Millionen Arbeiter umfaßt, geteilt von nationalen Vollzugsausschüß des britischen Bergarbeiterverbandes getan. Der Sekretär des Vollzugsausschüßes Cool wurde angezogen, in London nächste Woche Zusammenkünfte mit den Vollzugsausschüß der Bergarbeiter und denen des nationalen Verbandes der Eisenbahner und des Verbandes der Lokomotivführer und Seiler, des Vereinigten Maschinenverbandes, der Transportarbeiterunion sowie des Nationalen Transportarbeiterverbandes zu vereinigen, um eine große einheitliche Aktion in Form eines allgemeinen Streiks zu erklären. Daran soll eine Zusammenkunft mit dem Generalrat des Generalarbeitsratens folgen.

„Daily Mail“ würde eine aus diesen Beratungen hervorgehende Quadrupelallianz die Bergarbeiter, alle Zweige des Transportdienstes und die Maschinen umfassen.

## Gesetzesentwurf zur Abbauperordnung.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes über eine zweite Minderung der Personalabbauperordnung zugegangen. Die Regierung will jetzt, nachdem der allgemeine Personalabbau Ende Dezember 1924 das durch die Verhältnisse notwendig gewordene Maß im wesentlichen erreicht hat, die Entscheidung der Frage, in welchen Verwaltungsbereichen ein weiterer Abbau zu erfolgen hat, der regelmäßigen Gesetzgebung überlassen. Die Abbauperordnung ist nunmehr aufzuheben, ist nach Auffassung der Reichsregierung nicht möglich, weil fast sämtlich noch Personalverwaltungen vorhanden sind, deren Personalbestand vermindert werden kann, sobald eine Gesetzesveränderung und Gesetzesentwurf eintrifft. Nach Beschließung der Gesetzes soll ein allgemeiner Abbau von Beamten und Angestellten nicht mehr möglich sein.

## Sonderbar! Wirklich sonderbar!

Im Preussischen Landtag haben die Fraktionen des Zentrums, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Vereinigung gemeinsam einen Gesetzesentwurf zur Ergänzung des Gesetzes über die Bereitstellung von Mitteln zur Aufbesserung des Dienstleistungsstandes der katholischen Pfarrer vom 17. Dezember 1920 eingebracht, nach dem Wirkung vom 1. April 1924 alle Staatspfarren für die katholische Kirche auf 18 500 000 Mark festgelegt werden. Ferner soll die Entscheidung über die Leistungsfähigkeit der Kirchen und Kirchengemeinden der Staatsregierung nach Benehmen mit den diözesanen Behörden zugehen.

„Wo, wenn es um die Gefährdung der katholischen Geistlichen geht, da können Demokraten und Zentrum sich mit der Rechten verständigen. Aber wenn es nicht nur um das Wohl einzelner geht, sondern um das Wohl des gesamten Volkes, dann gegen Zentrum und Demokraten zur Rechten jeden Gefühlsausbruch verweigert.“

„Wo, wenn es um die Gefährdung der katholischen Geistlichen geht, da können Demokraten und Zentrum sich mit der Rechten verständigen. Aber wenn es nicht nur um das Wohl einzelner geht, sondern um das Wohl des gesamten Volkes, dann gegen Zentrum und Demokraten zur Rechten jeden Gefühlsausbruch verweigert.“

„Wo, wenn es um die Gefährdung der katholischen Geistlichen geht, da können Demokraten und Zentrum sich mit der Rechten verständigen. Aber wenn es nicht nur um das Wohl einzelner geht, sondern um das Wohl des gesamten Volkes, dann gegen Zentrum und Demokraten zur Rechten jeden Gefühlsausbruch verweigert.“

„Wo, wenn es um die Gefährdung der katholischen Geistlichen geht, da können Demokraten und Zentrum sich mit der Rechten verständigen. Aber wenn es nicht nur um das Wohl einzelner geht, sondern um das Wohl des gesamten Volkes, dann gegen Zentrum und Demokraten zur Rechten jeden Gefühlsausbruch verweigert.“

(Fortsetzung folgt.)